

Staat – Souveränität – Nation

Oliver Eberl

David Salomon *Hrsg.*

Perspektiven sozialer Demokratie in der Postdemokratie



Springer VS

Staat – Souveränität – Nation

Beiträge zur aktuellen Staatsdiskussion

Herausgegeben von

R. Voigt, Netphen, Deutschland

S. Salzborn, Göttingen, Deutschland

Zu einem modernen Staat gehören Staatsgebiet, Staatsgewalt und Staatsvolk (Georg Jellinek). In Gestalt des Nationalstaates gibt sich das Staatsvolk auf einem bestimmten Territorium eine institutionelle Form, die sich über die Jahrhunderte bewährt hat. Seit seiner Etablierung im Gefolge der Französischen Revolution hat der Nationalstaat Differenzen in der Gesellschaft auszugleichen vermocht, die andere Herrschaftsverbände gesprengt haben. Herzstück des Staates ist die Souveränität (Jean Bodin), ein nicht souveräner Herrschaftsverband ist kein echter Staat (Hermann Heller). Umgekehrt ist der Weg von der eingeschränkten Souveränität bis zum Scheitern eines Staates nicht weit. Nur der Staat ist jedoch Garant für Sicherheit, Freiheit und Wohlstand der Menschen. Keine internationale Organisation konnte diese Garantie in ähnlicher Weise übernehmen.

Bis vor wenigen Jahren schien das Ende des herkömmlichen souveränen Nationalstaates gekommen zu sein. An seine Stelle sollten supranationale Institutionen wie die Europäische Union und – auf längere Sicht – der kosmopolitische Weltstaat treten. Die Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger zu weiterer Integration schwindet jedoch, während gleichzeitig die Eurokratie immer mehr Macht anzuheben versucht. Die demokratische Legitimation politischer Entscheidungen ist zweifelhaft geworden. Das Vertrauen in die Politik nimmt ab.

Wichtige Orientierungspunkte (NATO, EU, USA) haben ihre Bedeutung für die Gestaltung der Politik verloren. In dieser Situation ist der souveräne Nationalstaat, jenes „Glanzstück occidentalen Rationalismus“ (Carl Schmitt), der letzte Anker, an dem sich die Nationen festhalten (können). Dabei spielt die Frage nur eine untergeordnete Rolle, ob die Nation „gemacht“ (Benedict Anderson) worden oder ursprünglich bereits vorhanden ist, denn es geht nicht um eine ethnisch definierte Nation, sondern um das, was Cicero das „Vaterland des Rechts“ genannt hat.

Die „Staatsabstinenz“ scheint sich auch in der Politikwissenschaft ihrem Ende zu nähern. Und wie soll der Staat der Zukunft gestaltet sein? Dieser Thematik will sich die interdisziplinäre Reihe Staat – Souveränität – Nation widmen, die Monografien und Sammelbände von Forschern und Forscherinnen aus unterschiedlichen Disziplinen einem interessierten Publikum vorstellen will. Das besondere Anliegen der Herausgeber der Reihe ist es, einer neuen Generation von politisch interessierten Studierenden den Staat in allen seinen Facetten vorzustellen.

Herausgegeben von
Rüdiger Voigt
Netphen, Deutschland

Samuel Salzborn
Inst. f. Politikwissenschaft
Georg-August-Universität Göttingen
Göttingen, Deutschland

Oliver Eberl · David Salomon
(Hrsg.)

Perspektiven sozialer Demokratie in der Postdemokratie

 Springer VS

Herausgeber

Oliver Eberl
Goethe-Universität Frankfurt am Main
Deutschland

David Salomon
Universität Hildesheim
Deutschland

Staat – Souveränität – Nation

ISBN 978-3-658-02723-0

ISBN 978-3-658-02724-7 (eBook)

DOI 10.1007/978-3-658-02724-7

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Springer VS

© Springer Fachmedien Wiesbaden 2017

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen.

Lektorat: Jan Treibel

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Springer VS ist Teil von Springer Nature

Die eingetragene Gesellschaft ist Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH

Die Anschrift der Gesellschaft ist: Abraham-Lincoln-Str. 46, 65189 Wiesbaden, Germany

Inhaltsverzeichnis

Soziale Demokratie in der Postdemokratie	1
Oliver Eberl und David Salomon	
Teil I Kapitalismus und (Post)Demokratie	
Dialektik von Kapitalismus und Demokratie heute.	19
Sonja Buckel	
Kapitalismus und Demokratie im neoliberalen Hegemoniezyklus	43
Frank Deppe	
Probleme mit der Postdemokratie.	65
Thore Prien	
Teil II Aspekte sozialer Demokratie	
Zu Begriff und Geschichte der (sozialen) Demokratie	89
David Salomon	
Postdemokratie als hybrides Regime?	109
Jörg Kemmerzell	
Bürgerkultur und Demokratisierung der Wirtschaft	137
Dirk Jörke und Thomas Lenz	

Teil III Rechtsverhältnisse in der Postdemokratie**Refeudalisierung des Rechts revisited** 159

Oliver Eberl

Formwandel des Konstitutionalismus 179

Kolja Möller

Teil IV Ungleichheit und Postdemokratie**Demokratischer Schein und soziale Erosion** 209

Claudia Ritzi

Soziale Demokratie als gegenhegemoniales Projekt 229

Michael Hirsch

Angaben zu den Autorinnen und Autoren

Sonja Buckel geb. 1969; Prof. Dr.; Fachgruppe Politikwissenschaft, Universität Kassel. Forschungsschwerpunkte: Rechts- und Staatstheorie, kritische Europaforschung. Ausgewählte Publikationen: Subjektivierung und Kohäsion: Zur Rekonstruktion einer materialistischen Theorie des Rechts, Weilerwist/Velbrück Wissenschaft: 2007, (2. Aufl. 2015); Kämpfe um Migrationspolitik: Theorie, Methode und Analysen kritischer Europaforschung, als Forschungsgruppe „Staatsprojekt Europa“, Bielefeld: transcript 2014; ‚Welcome to Europe‘ – Die Grenzen des europäischen Migrationsrechts: Juridische Auseinandersetzungen um das ‚Staatsprojekt Europa‘ Bielefeld: transcript 2013.

Kontakt: sonja.buckel@uni-kassel.de

Frank Deppe geb. 1941; Prof. Dr.; Institut für Politikwissenschaft, Phillips Universität Marburg. Forschungsschwerpunkte: Politische Theorie, Geschichte und Politik der deutschen und der internationalen Arbeiterbewegung, Politische Soziologie der Gewerkschaften, Europäische Integration, Internationale Politische Ökonomie. Ausgewählte Publikationen: Politisches Denken im 20. Jahrhunderts (4 Bde.), Hamburg: VSA 1999–2010; Gewerkschaften in der Großen Transformation – Von den 1970er Jahren bis heute. Eine Einführung, Köln: PapyRossa 2012; Autoritärer Kapitalismus, Hamburg: VSA 2013; Imperialer Realismus? Über Eliten, Experten und Journalisten und „die neue deutsche Verantwortung“, Hamburg: VSA 2014; Der Staat, Köln: PapyRossa 2015.

Kontakt: deppe@staff.uni-marburg.de

Oliver Eberl geb. 1973; Dr. phil.; Institut für Politikwissenschaft, Goethe-Universität Frankfurt am Main. Forschungsschwerpunkte: Demokratietheorie, Gesellschaftstheorie, politische Philosophie der Aufklärung, europ. Barbarendiskurs. Ausgewählte Publikationen: Deliberativer Supranationalismus in der post-demokratischen Konstellation, in: Deliberative Kritik - Kritik der Deliberation.

Festschrift für Rainer Schmalz-Bruns, Wiesbaden: Springer VS 2014, 245–266.; Politische Theorie in der postdemokratischen Konstellation. The Paradox of Peace with ‚Savage‘ and ‚Barbarian‘ Peoples, in: Thomas Hippler and Miloš Vec (Hg.) *Paradoxes of Peace in 19th Century Europe*, Oxford University Press 2015, 219–237; Internationale Politische Theorie: Demokratiewissenschaft in der postdemokratischen Konstellation? (mit David Salomon), in: *Zeitschrift für Politische Theorie*, Jg. 6, Heft 2/2015, 173–188; Gesellschaftstheoretische Grundlagen einer sozialen Demokratietheorie (mit David Salomon), in: Michael Haus/Sybille De La Rosa (Hg.), *Politische Theorie und Gesellschaftstheorie – Zwischen Erneuerung und Ernüchterung*, Baden-Baden: Nomos 2016, S. 339–362. Kontakt: eberl@soz.uni-frankfurt.de

Michael Hirsch geb. 1966, Dr. phil. habil.; Privatdozent am Seminar für Sozialwissenschaften, Universität Siegen. Forschungsschwerpunkte: Zeitgenössische politische Theorie; politische Ökonomie, Feminismus; Kunsttheorie. Ausgewählte Publikationen: *Die Überwindung der Arbeitsgesellschaft. Eine politische Philosophie der Arbeit*, Wiesbaden 2016; *Logik der Unterscheidung. 10 Thesen zu Kunst und Politik*, Hamburg 2015; *Warum wir eine andere Gesellschaft brauchen!*, München 2013; *Der Staat in der Postdemokratie. Staat, Politik, Demokratie und Recht im neueren französischen Denken*, Stuttgart 2009 (Mitherausgeber); *Die zwei Seiten der Entpolitisierung. Zur politischen Theorie der Gegenwart*, Stuttgart 2007; *Adorno. Die Möglichkeit des Unmöglichen*, Berlin 2003. Kontakt: michael.hirsch@uni-siegen.de

Dirk Jörke geb. 1971; Prof. Dr.; Institut für Politikwissenschaft, TU Darmstadt. Forschungsschwerpunkte: Demokratietheorie, politisches Denken im 18. Jahrhundert, Amerikanischer Pragmatismus. Ausgewählte Publikationen: *Kritik demokratischer Praxis. Eine ideengeschichtliche Studie*. Baden-Baden: Nomos 2011. *Der hilflose Antipopulismus*. In: *Leviathan* 43 (2015), Heft 4, S. 484–500 (mit Veith Selk). *Political participation, social inequalities and special veto powers*. In: *Critical Review of International Social and Political Philosophy* (Onlinefirst). Kontakt: joerke@pg.tu-darmstadt.de

Jörg Kemmerzell geb. 1971; Dr.; Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politikwissenschaft, Technische Universität Darmstadt, DFG-Projekt: *Überlokales Handeln und lokale Innovationen im Klimawandel. Eine vergleichende Analyse deutscher Großstädte*. Forschungsschwerpunkte: Vergleichende Politikwissenschaft, Politische Institutionen, Stadt- und Regionalforschung, Policy-Schwerpunkt: Klima- und Energiepolitik. Ausgewählte Publikationen: *Überlokales Handeln in der lokalen Klimapolitik. Eine Brücke zwischen globalem Anspruch und lokaler Implementation*, in: Barbehön, Marlon/Sybille Münch (Hrsg.):

Variationen des Städtischen – Variationen lokaler Politik. Wiesbaden: Springer VS 2016 (im Erscheinen); The trans-local dimension of local climate policy. Sustaining and transforming local knowledge orders through trans-local action (mit Arthur Benz/Michèle Knodt/Anne Tews), in: *Urban Research & Practice*, Vol. 8, No. 3 (2015), S. 319–335; Akteursorientierungen im überlokalen Handlungsraum. Herausforderungen und Chancen lokaler Klimapolitik im Mehrebenensystem (mit Anne Tews), in: *der moderne staat*, Jg. 7, No. 3 (2014), S. 269–287; Regional Actors' Participation in Constitutional Reform. Opportunities, Limits, and Risks (mit Bettina Petersohn), in: Arthur Benz/Felix Knüpling (Hrsg.): *Changing Federal Constitutions. Lessons from International Comparison*. Opladen/Farmington Hills 2012: Barbara Budrich Publishers, S. 311–329.

Kontakt: kemmerzell@pg.tu-darmstadt.de

Thomas Lenz geb. Müller, 1979, Staatskanzlei des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Stabsstelle Reden und Grußworte (2011–2015 IPK Universität Greifswald). Forschungsschwerpunkte: Demokratietheorie, Politische Theorie Robert A. Dahls, Demokratiemessung. Ausgewählte Publikationen: Müller, Thomas/Pickel, Susanne 2007: Wie lässt sich Demokratie am besten messen? Zur Konzeptqualität von Demokratie-Indizes. In: *PVS (Politische Vierteljahresschrift)* 48/Heft 3 (September 2007), S. 511–539. Hubertus Buchstein/ Stefan Fietz/ Thomas Müller: Studium Bolognese – Zur Situation der Teildisziplin ‚Politische Theorie und Ideengeschichte‘ an den bundesdeutschen Hochschulen, in: *Politikwissenschaft. Rundbrief der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW)* 134 (Frühjahr 2006), S. 156–174; Müller, Thomas: „Exekutive Führerschaft“ in der Gemeinde? Die Stadtvertretung Wolgast zwischen gleichgültiger Gefolgschaft und wohl überlegtem Folgen (DemokratiePolitik – Politikwissenschaftliche Arbeitspapiere aus dem Arbeitsbereich Politische Theorie und Ideengeschichte; Heft 1). Greifswald: Lehrstuhl für politische Theorie und Ideengeschichte 2006.

Kontakt: lenz.torgelow@yahoo.de

Kolja Möller geb. 1983; Dr.; Exzellenzcluster „Normative Orders“, Goethe Universität Frankfurt am Main, Forschungsschwerpunkte: Internationale politische Theorie, politische Soziologie und Rechtstheorie. Ausgewählte Publikationen: Formwandel der Verfassung. Die postdemokratische Verfasstheit des Transnationalen, Bielefeld 2015; A Critical Theory of Transnational Regimes. Creeping Managerialism and the Quest for a Destituent Power, in: Kerstin Blome/Hannah Franzki/Nora Markard/Stefan Oeter: *Contested Collisions. Interdisciplinary Inquiries into Norm Fragmentation in World Society*, Cambridge University Press 2016, S. 255–280.

Kontakt: kolja.moeller@normativeorders.net

Thore Prien geb. 1975; Dr.; Seminar für Soziologie; Europa Universität Flensburg. Forschungsschwerpunkte: Allgemeine Soziologie, Weltgesellschaft und Demokratie. Ausgewählte Publikationen: Kritische Systemtheorie und materialistische Gesellschaftstheorie. In: Marc Amstütz/Andreas Fischer-Lescano (Hrsg.), *Kritische Systemtheorie. Zur Evolution einer normativen Theorie*, Bielefeld: transcript, 2013, S. 81–98; *Kosmopolitismus und Gewalt. Fragen an die Weltpolitik mit Blick auf Vertreibung, Landgrabbing und die Kämpfe der Subalternen*, in: Franziska Martinsen/Oliver Flüger (Hrsg.), *Gewaltbefragungen. Beiträge zur Theorie von Politik und Gewalt*, Bielefeld: transcript 2013, S. 165–183.
Kontakt: thore.prien@uni-flensburg.de

Claudia Ritzi geb. 1981; Dr.; Institut für Politikwissenschaft; Helmut-Schmidt-Universität Hamburg und Wissenschaftszentrum Berlin. Forschungsschwerpunkte: Zeitgenössische Demokratietheorie, Liberalismus, Digitalisierung, Postdemokratie, Öffentlichkeitstheorie. Ausgewählte Publikationen: *Die Postdemokratisierung politischer Öffentlichkeit. Kritik zeitgenössischer Demokratie – theoretische Grundlagen und analytische Perspektiven*, Wiesbaden: Springer VS 2014; *Dezision statt Konvention. Die Politisierung von Privatheit im digitalen Zeitalter*, in: Thorsten Thiel/Daniel Jacob: *Politische Theorie und Digitalisierung*, Baden-Baden: Nomos (im Erscheinen); *Individuelle Freiheit versus politische Gleichheit. Die liberale Demokratietheorie* (mit Gary S. Schaal); in: Oliver Lembcke/Claudia Ritzi/Gary S. Schaal (Hrsg.): *Zeitgenössische Demokratietheorie. Bd. 1: Normative Demokratietheorien*. 2. Aufl. Wiesbaden: Springer VS (im Erscheinen).
Kontakt: ritzi@hsu-hh.de

David Salomon geb. 1979; Prof. Dr.; Gastwissenschaftler am Institut für Sozialwissenschaften, Universität Hildesheim. Forschungsschwerpunkte: Politische Bildung, Politische Theorie, Demokratietheorie, Politische Ästhetik. Ausgewählte Publikationen: *Demokratie*, Köln: PapyRossa 2012; *Gesellschaftliche Umbrüche gestalten – Transformationen in der politischen Bildung* (Hrsg. mit Andreas Eis), Schwalbach/Ts.: Wochenschau 2014; *Internationale Politische Theorie: Demokratiewissenschaft in der postdemokratischen Konstellation?* (mit Oliver Eberl), in: *Zeitschrift für Politische Theorie*, Jg. 6, Heft 2/2015, 173–188; *Gesellschaftstheoretische Grundlagen einer sozialen Demokratietheorie* (mit Oliver Eberl), in: Michael Haus/Sybille De La Rosa (Hg.), *Politische Theorie und Gesellschaftstheorie – Zwischen Erneuerung und Ernüchterung*, Nomos, Baden-Baden 2016, S. 339–362.
Kontakt: salomon@uni-hildesheim.de

Soziale Demokratie in der Postdemokratie

Oliver Eberl und David Salomon

1 Die Postdemokratiediagnose

Die Diagnose „Postdemokratie“ hat unabhängig davon, ob der Postdemokratiebegriff als zeitdiagnostischer Begriff akzeptiert oder zurückgewiesen wird, ein Bewusstsein für die Gefährdung demokratischer Standards in etablierten demokratischen Systemen geschaffen und die Sensibilität für Phänomene gestärkt, die – ohne förmliche Außerkraftsetzung – auf individueller Ebene demokratische Rechte schwächen und auf institutioneller Ebene demokratische Verfahren aushöheln. So wurde die Diskussion um Demokratie nachhaltig belebt und verändert. Belebt hat die Postdemokratiediagnose die Debatte, weil sie geläufige diagnostische Begriffe wie „Herausforderungen“ (Offe 2003), „Defekte“ (Merkel et al. 2003), „Bedrohungen“ (Brodocz et al. 2008) der Demokratie der Frage aussetzte, ob das Beschriebene überhaupt noch als Demokratie zu interpretieren sei oder bereits die Grenze zum Postdemokratischen überschritten habe.¹ In diesem Zusammenspiel mit klassischen Diagnosen erwies sich die Postdemokratietheorie zugleich als bedeutsam für die Diskussion einzelner Aspekte der theoretischen

¹Zu einer Lesart der „Postdemokratiediagnose“ als Hybridisierung etablierter Demokratien vgl. den Beitrag von Jörg Kemmerzell in diesem Band.

O. Eberl (✉)
Frankfurt am Main, Deutschland
E-Mail: eberl@soz.uni-frankfurt.de

D. Salomon
Hildesheim, Deutschland
E-Mail: salomon@uni-hildesheim.de

und empirischen Demokratiewissenschaft: Die Wahlabstinenz großer wahlberechtigter Bevölkerungsgruppen, der wachsende Einfluss privatwirtschaftlicher Akteure auf politische Willensbildung und Entscheidungen, die Auswahl von Themen in der veröffentlichten Meinung und die Interaktion von Medienöffentlichkeit und Politik wurden nun vermehrt unter dem Gesichtspunkt behandelt, ob und inwieweit sie zu einer etwaigen postdemokratischen Tendenz beitragen. Der Begriff „Postdemokratie“ führte somit zu einer Zuspitzung der Debatte, gerade weil er eine qualitative Grenze (also das berühmte Umschlagen einer Quantität Bäume in die Qualität Wald) markiert.

Verändert hat die Postdemokratiediagnose die demokratietheoretische Diskussion zudem durch ihren gesellschaftstheoretischen Impuls, der Demokratie mit der Möglichkeit der Emanzipation unterprivilegierter Schichten verbindet. In diesem Zusammenhang konnten die Auswirkungen sozialer Ungleichheit stärker thematisiert werden, die sich in den zwei Jahrzehnten vor Erscheinen von Colin Crouchs Band „Postdemokratie“ (im Original 2003) gesellschaftlich sichtbar und politisch spürbar verschärft hatte. Gerade hier bewirkte die Verbindung von theoretischer Reflexion mit empirischer Forschung eine deutliche Präzisierung der Postdemokratiethese selbst. Argumentierte Crouch noch soziologisch unspezifisch, im postdemokratischen Politikspektakel spiele „[d]ie Mehrheit der Bürger [...] eine passive, schweigende, ja sogar apathische Rolle“ (Crouch 2008, S. 10), haben empirische Untersuchungen inzwischen nachgewiesen, dass fehlende Beteiligung keineswegs als klassen- und Schichten übergreifendes Problem verstanden werden kann, sondern ein Zusammenhang zwischen dem „erneuten Ansteigen der wirtschaftlichen Ungleichheit in den letzten 30 Jahren“ und „einem Rückgang von Partizipation, Repräsentation und Inklusion der unteren Schichten in fast allen OECD-Demokratien“ besteht (Merkel und Petring 2012, S. 96). Solche Befunde konnten erst vor dem Hintergrund der gesellschaftstheoretischen Prämissen der Postdemokratiediagnose ihre ganze Schärfe entfalten (Schäfer 2009).

Im Kontext der Postdemokratiedebatte traten somit ermöglichende Bedingungen von Demokratie verstärkt in den Fokus der Aufmerksamkeit. Zugespitzt formuliert bedeutet dies, dass sich in der „Postdemokratie“ soziale Ungleichheit in politische Ungleichheit übersetzt (Jörke 2013) und daher demokratische und soziale Frage (wieder) zusammenfallen (Eberl und Salomon 2014). Theoretisch wie empirisch lässt sich festhalten, dass erst dieser Fokus das Postdemokratiethemem bei der Vielzahl seiner Elemente – etwa institutionelle Integration, Diskussionen um klassische und alternative Beteiligungsverfahren, persönliche Motivation von Wahlenthaltungen, mediale Blockaden und informelle Einflussnahmen wirtschaftlicher Akteure auf politische Entscheidungen – als zeitdiagnostischen

Analysebegriff plausibel macht. Verliert man die Kernproblematik der sozialen Frage aus dem Blick und isoliert einzelne Befunde der Postdemokratie aus diesem Gesamtkontext, so muss die Diagnose in der Tat übertrieben, ja fehlgeleitet wirken.

Tatsächlich markieren die formale Ausweitung demokratischer Befugnisse durch Bürgerentscheide, Anhörungen, Befragungen und Mediationsverfahren (Wagner 2011, 2013) oder die Nutzung sozialer virtueller Netzwerke als neue Form von Öffentlichkeit (Baringhorst 2009) sowie Diskussionen um ein zunehmend politisiertes Konsumverhalten (Lamla 2013) Trends, die der Postdemokratiediagnose zunächst diametral zu widersprechen scheinen. In der Perspektive sozialer Spaltungslinien zwischen Partizipierenden und Passivierten, Repräsentierten und „Anteilslosen“ (Rancière 2002) ändert sich das Bild jedoch schlagartig: Was zunächst nach einer neuen Qualität partizipativer Demokratisierung aussieht, wird nun als Verstärker der Postdemokratisierungstendenz durchschaubar: Wolfgang Merkels und Andreas Petrings Feststellung, dass „Volksabstimmungen [...] eine größere soziale Schieflage“ aufweisen „als allgemeine Wahlen“ (Merkel und Petring 2012, S. 114) gilt auch für übrige Formen alternativer Beteiligung. Zugleich lassen sich in solchen Formaten allzu oft Varianten einer „simulativen Demokratie“ (Blühdorn 2013) ausmachen, die nicht zuletzt den partizipierenden Subjekten aus Mittel- und Oberschichten den Eindruck eines lebendigen demokratischen Betriebs vermitteln, während längst abgekoppelt von deliberativen Diskussionsforen, direktdemokratischen Initiativen, Boy- und Buykotten Entscheidungen vorbereitet und getroffen werden, deren Vorlagen nicht einmal mehr von Experten in Ministerien, sondern von Anwaltskanzleien formuliert werden, die zum Teil mit von den entsprechenden Gesetzen betroffenen Unternehmen enge Kontakte unterhalten. Neben die Perspektive, die das Demokratische in erster Linie im Kontrast zu unterschiedlichen Formen von politischem Autoritarismus bestimmt, treten somit verstärkt Analysen, die nach dem inneren Zustand etablierter demokratischer Systeme fragen und zugleich fordern, sich der sozialen Voraussetzungen demokratischer Selbststeuerung von Gesellschaften (Steffens 2008, S. 35) neu zu vergewissern² und in diesem Kontext auch die grundsätzliche Frage nach dem Verhältnis von Kapitalismus und Demokratie neu aufzuwerfen³.

²Vgl. die Beiträge von Dirk Jörke, Claudia Ritzi und David Salomon in diesem Band.

³Vgl. die Beiträge von Sonja Buckel und Frank Deppe in diesem Band.

2 Soziale Demokratie und Postdemokratie

Durch ihre Fokussierung auf die Frage sozialer Ungleichheit und die Idee eines Durchsetzens von Demokratie durch soziale Bewegungen findet die Postdemokratiediagnose Anschluss an soziologische Klassenkonzepte. Diese enge Verbindung von Demokratie- und Klassentheorie⁴ weist die Postdemokratiediagnose als implizite Anwendung von klassischen Konzepten sozialer Demokratie auf die Gegenwart aus. In der frühen Bundesrepublik war es insbesondere der demokratiewissenschaftliche Ansatz Wolfgang Abendroths, der – im Kontext des Streits um eine wirtschaftliche Neuordnung, die Konsequenzen aus der Rolle, die die deutsche Großindustrie im Nazismus gespielt hatte und unter Rekurs auf Autoren wie Hermann Heller, Otto Kirchheimer und Franz Neumann – ein Modell *sozialer Demokratie* vertrat, das über das liberale Modell einer bloß politischen Demokratie ebenso hinauswies wie über eine Sozialstaatlichkeit, die – etwa im Horizont des zeitgleich aufkommenden Theorems einer „sozialen Marktwirtschaft“ – glaubte, ohne Eingriffe in die privatwirtschaftliche Eigentumsstruktur auskommen zu können. Abendroth ging von einem Demokratiebegriff aus, der die „gleichberechtigte *Teilnahme* aller an der gemeinsamen Regelung der gemeinsamen Aufgaben“ bezeichnet (Abendroth 2008, S. 411; Herv. i. O.). Demokratie stehe in permanenter Spannung zur sozialen Macht privatwirtschaftlicher Partikularinteressen. Insbesondere die Geschichte des Zerfalls der Weimarer Republik habe gezeigt, dass der parlamentarische Staat nicht allein auf der Ebene formaler Rechtsnormen, also der Analyse von Verfassung und Gesetzen geleistet werden könne, sondern dazu auch der Analyse seines „gesellschaftlichen Funktionierens“ bedürfe:

Die lebendige und demokratisch organisierte Selbstverwaltung seiner Gebietskörperschaften, seiner Anstalten und Körperschaften des öffentlichen Rechts, die Heranziehung der vielfältigen Massenorganisationen, die seine politischen, sozialen, kulturellen und religiösen Kräfte repräsentieren und deren Integration in sein Dasein die Sicherung der demokratischen Beteiligung aller an der planmäßigen Steuerung der wirtschaftlichen Prozesse, die über das Geschick der Gesellschaft entscheiden, bei ständigem Ringen gegen alle gesellschaftlichen Gruppen, die Ausbeutungs- und Machtprivilegien verteidigen wollen – das sind die Kampffelder, auf denen entschieden wird, ob ein parlamentarischer Staat seinen demokratischen Integrationswert bewahrt oder am Ende auch seine parlamentarischen Formen und lediglich formellen demokratischen Spielregeln abstreift (Abendroth 2008, S. 415).

⁴Zum Zusammenhang von Geschlechterfrage und sozialer Frage vgl. den Beitrag von Michael Hirsch in diesem Band.

Soziale Demokratie bezeichnet in diesem Kontext also mehr als lediglich die Etablierung einer Sozialpolitik, die ökonomische Marktprozesse flankiert und abfedert. Im eigentlichen Wortsinn steht der Begriff vielmehr für eine *gesellschaftliche* Demokratisierung, nämlich für „die allseitige Verwirklichung dieses Gedankens der Demokratie, der aus einem System politischer Spielregeln zum inhaltlichen Prinzip der gesamten Gesellschaft [...] wird“ (Abendroth 2008, S. 416).⁵

Die sozialstaatlichen Demokratien der Nachkriegszeit waren sicher keine vollendeten sozialen Demokratien im Sinne Abendroths. Gleichwohl gelang es zumindest – wohl auch deshalb, weil eine korporatistische Integration der Arbeiterbewegung und die Stärkung der Binnennachfrage durch verhältnismäßig hohe Löhne auch ökonomisch funktional war – ein gewisses Maß an Mitbestimmung auch im wirtschaftlichen Bereich zu etablieren. Diese Konstellation, die Wolfgang Streeck – ein wenig euphemistisch – als „demokratischen Kapitalismus“ bezeichnet (Streeck 2013a), wirkte zeitweise so stabil, dass viele Zeitgenossen glaubten, das Zeitalter der Wirtschaftskrisen sei überhaupt an ein Ende gekommen. Dass auch dieses Modell auf die „lebendige“ Mitwirkung von Menschen und Körperschaften sowie von „Massenorganisationen“ angewiesen ist, diese aber infolge sozialstruktureller und politischer Umbrüche seit den 70er Jahren stark geschwächt sind, trägt zur postdemokratischen Tendenz bei.

Abendroth ging – wie vor ihm Heller, Kirchheimer und Neumann – davon aus, langfristig sei die Alternative zur Etablierung sozialer Demokratie der Rückfall in politische Diktatur. Im Krisenfall bestehe die Gefahr, dass Wirtschaftsmacht zum Zweck des Schutzes ihrer ökonomischen Verfügungsgewalt vor demokratischen Zugriff bereit sei – wie schon einmal in der Weimarer Republik – antidemokratische Kräfte zu stützen. Hier nun könnte die Postdemokratiediagnose eine dritte Möglichkeit eröffnen: die Verselbstständigung wirtschaftlicher Macht gegenüber politisch-demokratischer Kontrolle bei zeitgleichem Fortbestehen demokratischer politischer *Formen*, die jedoch zunehmend ihre Substanz verlieren. Offen muss auch im vorliegenden Band bleiben, ob sich Postdemokratie dauerhaft etabliert oder ob sie längerfristig eher als Übergangsphänomen zu anderen – möglicherweise autoritären – Formen politischer Herrschaft klassifiziert werden muss. Festgehalten werden kann: Im Kontext der Postdemokratisierung gibt die Demokratie ein *soziales* Emanzipationsversprechen auf, das spätestens seit der Nachkriegszeit neben der politischen Emanzipation auch auf eine gewisse gesellschaftliche Gleichheit und die Ermächtigung sozialer Unterklassen gerichtet war.

⁵Siehe zu Abendroth Fischer-Lescano et al. (2012).

In diesem Zusammenhang gilt es, auf einen grundsätzlichen Einwand gegen Crouchs Konzeption einzugehen. Kritisiert wurde verschiedentlich, sein Parabelmodell, das neben prädemokratischem Auf- und postdemokratischem Abstiegsprozess der Demokratie einen „Augenblick der Demokratie“ (Crouch 2008, S. 14) annimmt, der sich – mit starken regionalen Differenzen – irgendwo zwischen den dreißiger und fünfziger Jahren⁶ ereignet habe, sei in seiner normativen Implikation „nostalgisch“ (Pelinka 2012). Die Kritiker betonen, Crouch ignoriere zum Teil sogar normierte Ungleichheits- und Herrschaftsverhältnisse etwa zwischen Männern und Frauen (Sauer 2011) oder während der US-amerikanischen Segregation (Merkel 2011, S. 47–48). Solche offene Diskriminierung lasse es aberwitzig erscheinen, die Nachkriegszeit als „Augenblick der Demokratie“ zu interpretieren. Empirisch lässt sich diesen Einwänden kaum widersprechen. Gleichwohl widerlegen sie die Postdemokratiethese keineswegs, sondern zwingen im Gegenteil zu weitergehenden theoretischen Präzisierungen, durch die die *Spezifik* des Postdemokratischen noch schärfer hervortritt.

Die Feststellung, dass die Bestimmung des Verhältnisses von Bürgerrechtsfragen zum Postdemokratiethorem bei Crouch einige Defizite aufweist, verweist auf Antinomien des Demokratischen, die sich in der Geschichte der Demokratie immer wieder als „Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen“ (Bloch 1977; Maus 2004, S. 835–836) geäußert haben. Crouchs normativer Grundannahme, dass die Etablierung von Sozialstaatlichkeit in der Nachkriegszeit als substanzieller Demokratisierungsfortschritt begriffen werden muss, dessen sozialer Träger nicht zuletzt eine starke Arbeiterbewegung war, bleibt hiervon jedoch unberührt. Michael Haus (2012, S. 146) ist daher zuzustimmen, wenn er bei Crouch – und, allerdings mit anderer Stoßrichtung, bei Jacques Rancière – im Postdemokratiethorem eine *postproletarische* Perspektive nachzeichnet, die von einem Zusammenhang zwischen der Erosion der Demokratie und dem Niedergang der klassischen Industriearbeiterklasse (Crouch 2008, S. 71) als dem Zentrum der starken Arbeiterbewegung des 19. und 20. Jahrhunderts ausgeht. Den Kritikern von Crouchs „Nostalgie“ lässt sich somit entgegenen, dass Ungleichzeitigkeiten in der Geschichte der Demokratie, bzw. die Gleichzeitigkeit der Etablierung von Volkssouveränität und ihrer partiellen (oder auch vollständigen) Nivellierung die gesamte Geschichte der Demokratie durchzieht. Der Kampf um Demokratie – handele es sich nun um das allgemeine und gleiche (Männer-)Wahlrecht gegen

⁶In den USA markieren für Crouch Roosevelt und der New Deal einen ersten Höhepunkt demokratischer Entwicklung, während er die Klimax der Demokratisierung in Europa auf jenes Zeitfenster nach dem Zweiten Weltkrieg datiert, in dem unterschiedliche Sozialstaatsmodelle etabliert wurden.

Zensusbestimmungen, das Frauenwahlrecht oder die Überwindung rassistisch grundierter Ausschlüsse – verlief sicher nicht auf den geraden Bahnen des Fortschritts, die eine populäre Geschichtsschreibung häufig zu erkennen vermeint. Gegen Rückschritte, gar vollständige Zerschlagung war Demokratie nie gefeit, wie nicht zuletzt die faschistischen Regime des zwanzigsten Jahrhunderts zeigen. Die in der Postdemokratiediagnose gefasste Bewegung erscheint jedoch weder als vordemokratisches Residuum noch als einfache Umkehrung des „Fortschritts“, als Rückkehr zu vordemokratischen Herrschaftsformen oder als putschistische Beseitigung demokratischer Regierungssysteme. Als „postdemokratisch“ klassifiziert wird vielmehr ein „Rückfall“ hinter einen bereits etablierten materialen Gleichheitsanspruch ohne formellen Bruch mit dem Prinzip politischer Gleichheit selbst. Zur Kennzeichnung dieses Prozesses ist daher – metaphorisch – weniger die Rede von einer „Zerschlagung“ als vielmehr der Terminus einer „Aushöhlung“ geeignet. Zugleich treffen sich antidemokratische Entrechtung und postdemokratische Entmächtigung jedoch darin, dass beide die *Exklusion* von Interessen unterprivilegierter Bevölkerungsgruppen aus politischen Repräsentationsarenen und Formaten der politischen Partizipation bewirken:

Parlamentswahlen sind heute insofern folgenlos, als die Zusammensetzung der Legislative zwar noch Zielvorgaben für die nächsten Gesetze enthält, aber die Gesetze selbst keine Adressaten mehr in den Apparaten finden. In dieser Situation ist sogar die Differenz zwischen repräsentativer und direkter Demokratie aufgehoben. Auch basisdemokratische Abstimmungen über jedes einzelne Gesetz könnten an dem Umstand nichts ändern, daß angesichts der Selbstprogrammierung der Staatsapparate nur noch ein egalitäres Volk von ‚Passivbürgern‘ existiert [...] – Eine Realisierung von Demokratie steht also vor der Aufgabe, den qualitativen Aspekt der Volkssouveränität mit dem quantitativen Aspekt der Inklusion zu kombinieren (Maus 2011, S. 20).

An dieser *grundsätzlichen* Aufgabe hat sich seit den demokratischen Revolutionen des 18. Jahrhunderts nichts geändert. Allerdings kann ihre Bearbeitung nicht mehr ausschließlich darin liegen, *formale* Ausschlüsse und offene Entdemokratisierung zu skandalisieren, sondern muss sich zugleich auf jenes Feld der sozialen Benachteiligung erstrecken, in der politische Gleichheit *faktisch* unterlaufen wird.

Mit diesem Fokus zieht die Postdemokratiediagnose demokratiethoretische Konsequenzen aus den vielfach geführten Diskussionen um die mit dem „Umbau des Sozialstaats“ verbundene „Neuerfindung des Sozialen“ (Lessenich 2008) und eine neue Qualität sozialer Exklusion und die Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen (Castel und Dörre 2008). Der – zumindest mittelfristige – Pessimismus der Postdemokratiediagnose ergibt sich somit aus der historischen Perspektive.

Auch wenn die Etablierungsphase von Sozialstaatlichkeit in der Nachkriegszeit, die Crouch als „Augenblick der Demokratie“ klassifiziert, keine Ära „vollendeter“ sozialer Demokratie war, erscheint sie im Rückblick doch als Periode einer verhältnismäßig stabilen demokratischen Ordnung. In dieser Periode schienen die Versprechen einer weitergehenden demokratischen Emanzipation – trotz vorhandener, un- und antidemokratischer Ausschlüsse – näher als heute. In der Postdemokratie stehen politische Eingriffe in die Eigentumsstruktur kaum mehr zur Debatte, vielmehr sind vermehrt Eingriffe privatwirtschaftlicher Akteure in die demokratische Politik zu beobachten.

3 Kapitalismus und Postdemokratie

Die Postdemokratiethese knüpft somit auch an bereits seit längerem geführte Diskussionen um eine Periodisierung des Kapitalismus in der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts an⁷. In Anknüpfung an Crouch lässt sich die Krise der Demokratie in regulationstheoretischer Terminologie nicht nur als Schwäche der Arbeiterbewegung, sondern auch als *politischer Ausdruck* des Übergangs vom „Fordismus“ zum „Finanzmarktkapitalismus“ (Windolf 2005) interpretieren. Schlüsseljahrzehnte für diesen Übergang sind die siebziger Jahre, in denen der auf Massenkonsum, starke Sozialstaatlichkeit, ein internationales Finanzsystem stabiler Wechselkurse (Bretton Woods) und eine keynesianische Wirtschaftspolitik gestützte Nachkriegskapitalismus in die Krise geriet und schließlich die 80er Jahre, in denen *Thatcherismus* und *Reaganomics* den Durchbruch einer auf neoklassischen Prämissen aufruhenden Wirtschaftspolitik bedeuteten. Das „Goldene Zeitalter“ des Kapitalismus (Hobsbawm 2002, S. 283), die *Trente Glorieuse* (Piketty 2014, S. 26) war damit an ein Ende gekommen. Das Entstehen von Massenarbeitslosigkeit, das Anwachsen des Dienstleistungssektors und die Deregulierung der Finanzmärkte (Brenner 2003, S. 72–77) bildeten die Grundlagen für die Crouch zufolge spätestens seit den 1990er Jahren einsetzende postdemokratische Tendenz. Der Niedergang der traditionellen Industriearbeiterklasse (Crouch 2008, S. 73–74) und der Machtzuwachs für zunehmend transnational agierende Konzerne wurden zum sozialen Kontext eines abermaligen „Strukturwandels der Öffentlichkeit“ (Habermas 1990). Private Medienmacht trug ihren Teil zum Aufstieg der von Crouch kritisierten PR-Berater bei, dem die Inszenierung eines

⁷Vgl. auch den Begriff „Postdemokratie“ gegenüber kritischen Beitrag Thore Priens in diesem Band.

„Spektakels“ entspricht, in dessen Schatten „die reale Politik hinter verschlossenen Türen gemacht“ wird: „von gewählten Regierungen und Eliten, die vor allem die Interessen der Wirtschaft vertreten“ (Crouch 2008, S. 10). Der in den Postdemokratiediagnosen herausgestellte enge Zusammenhang zwischen Krisen- und Erneuerungsprozessen des Kapitalismus seit den 70er Jahren und der Herausbildung einer postdemokratischen Tendenz, den auch ihre Beschleunigung im Kontext der Krisenprozesse seit 2007/2008 bestätigt, impliziert die These, dass die Transformation des Kapitalismus zum „Finanzmarktkapitalismus“ auch Auswirkungen auf die Demokratie hat, die sich – regional unterschiedlich aber auch innergesellschaftlich „ungleichzeitig“ – artikulieren. Die Notwendigkeit, das Verhältnis von Demokratie und Kapitalismus erneut grundsätzlich zu diskutieren (Canfora 2006/2007; Wood 2010; Streeck 2013a), wird angesichts der Postdemokratiediagnose daran deutlich, dass die Folgen jeder wirtschaftlichen Transformation auch die internen Bedingungen der Möglichkeit von und nicht nur die externen Rahmenbedingungen der Demokratie bestimmen.

Dies verweist auf das zweite zentrale Moment der Kapitalismusedwicklung in der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts: den mit dem Begriff der „Globalisierung“ gefassten Prozess transnationaler Kapitalverflechtung. Spätestens seit den 90er Jahren wird in diesem Kontext über die Zukunft des Nationalstaates diskutiert (Habermas 1998; Hardt und Negri 2002; Hirsch 2005). Debattiert werden seither nicht allein die Frage der staatlichen Steuerungsfähigkeit gegenüber Staaten übergreifenden Wirtschaftsprozessen und Modelle sozialer Absicherung in einer Welt transnationaler Wertschöpfungsketten, sondern – auch schon vor der Postdemokratiedebatte – die Konsequenzen der Globalisierung für die weitgehend national verfassten Demokratien und das Konzept der Volkssouveränität (Maus 2011; Habermas 2011).

Bereits Ende der 90er Jahre interpretierte Jürgen Habermas den Globalisierungsschub nach dem Ende des Kalten Krieges zeitdiagnostisch als die Herausbildung einer „postnationalen Konstellation“ (Habermas 1998), die – unter Bezugnahme auf Karl Polanyi – von einer neuerlichen Entbettung des Kapitalismus aus seiner nach 1945 etablierten Einhegung geprägt sei. Angesichts der Deregulierung von Märkten und der zunehmenden Schwierigkeit, die durch ungezügelter übernationaler Wirtschaftstätigkeit verursachten sozialen Verwerfungen national zu bearbeiten, stelle sich die Aufgabe der Schaffung supranationaler Institutionen, die in der Lage seien, die Ohnmacht der Nationalstaaten gegenüber der ihrer Einhegung entwichenen globalisierten Ökonomie zu kompensieren. Große Hoffnungen setzte – nicht nur Habermas – in eine Vertiefung der europäischen Integration und das Entstehen einer europäischen Öffentlichkeit. Spätestens im Licht der Euro-Krise zeigte sich jedoch in welchem Maß die Europäische Union,

die auf dem Weg vom Maastrichter zum Lissabonner Vertrag immer stärker auf eine marktliberale Wirtschaftspolitik festgelegt wurde, zum Verstärker der Postdemokratisierungstendenz geworden ist (Knodt 2013; Streeck 2013a, b; Brunkhorst 2014; Biebricher und Vogelmann 2014). In gewisser Weise erscheinen die auf dem Höhepunkt der Krise in südeuropäischen Staaten wie Griechenland und Italien installierten „Technokratenregierungen“ als nahezu vollendete Postdemokratie (Anderson 2015), während der Umgang mit der griechischen Syriza-Regierung gezeigt hat, dass die wirtschaftsstarken europäischen Mächte keineswegs gewillt sind, einen eigenständigen sozialpolitischen Weg im Rahmen der Union zu dulden. Diese Prozesse lenken den Blick zurück auf eine analytische Schwäche der Globalisierungsdebatte. Gerade die Geschichte des europäischen Integrationsprozesses zeigt, dass die Rede von einem naturwüchsigen Herauswachsen kapitalistischer Ökonomie aus einhegender Regulation unterbestimmt bleibt. Wie schon die erste Welle des „Neoliberalismus“ unter Thatcher und Reagan erscheint Deregulierung vielmehr als komplexe *politische* Strategie. Auch Postdemokratisierungsprozesse lassen sich in diesem Sinn als aktiv betriebene Politik verstehen, die – keineswegs widerspruchsfrei – auf allen Ebenen des politischen Systems und in unterschiedlichen Politikfeldern verfolgt wird. Im Kern besteht die Aufgabe sozialer Demokratietheorie darin, soziale und demokratische Frage bei der Analyse politischer Mehrebenensysteme, sozialer Transformationsprozesse und konkreter Policies konsequent zu verknüpfen.

4 Die Beiträge des Bandes

Der vorliegende Band will einen Beitrag zur Schärfung des Postdemokratiebegriffs leisten, indem er versucht, bisher noch nicht ausreichend konzeptualisierte oder unterrepräsentierte Felder der Postdemokratiediagnose zu beleuchten. Im Fokus befindet sich dabei der Zusammenhang von sozialer und demokratischer Frage. Wichtig erscheint allen Autorinnen und Autoren, diesen Punkt, der die Diskussion der letzten Jahre verändert hat, theoretisch weiterzuentwickeln, zu vertiefen, zu präzisieren oder zu kritisieren. Dazu greifen sie zum Teil auf vorhandene Theorien zurück, suchen neue Anschlüsse an Bekanntes oder behandeln ein spezielles Problem. Der Band vertieft dabei zuvörderst die Diskussion vier großer Themenfelder: dem Verhältnis von Kapitalismus und Demokratie bzw. Postdemokratie, der Diskussion um die Perspektiven sozialer Demokratie, der Rechtsverhältnisse in der Postdemokratie und des Zusammenhangs zwischen sozialer und politischer Ungleichheit.

Den ersten Teil eröffnet Sonja Buckel mit einer Analyse des Verhältnisses von Kapitalismus und Demokratie aus materialistischer Sicht. Sie zeigt, welchen Beitrag staats-theoretische Analysen zur Postdemokratiedebatte leisten können. Postdemokratisierung wird als Anpassungsprozess an eine sich stets transformierende kapitalistische Produktionsweise kenntlich. Die historisch-politische Entwicklung der letzten 40 Jahren bis zur aktuellen Postdemokratie arbeitet Frank Deppe heraus. Deppe macht die politischen Entscheidungen und Weichenstellungen im Rahmen sozialer Kämpfe deutlich, die zur heutigen Schwäche der sozialen Bewegungen führten und betont, dass diese Prozesse nur im Kontext internationaler Kapitalverhältnisse angemessen zu bewerten sind. Die Kritik der bisherigen Vernachlässigung des Nord-Süd-Verhältnisses in den Diagnosen der Postdemokratie und des demokratischen Moments bringt Thore Prien dazu, die gesamte Diagnose als unvollständig zu bewerten. Die Rede von „Postdemokratie“ verschleierte, inwiefern der demokratische Moment im Norden von den Ausbeutungsverhältnissen im Süden abhängig war. Auch dies ist ein Moment der Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen, aber eines, das in die aktuellen Postdemokratieanalysen noch viel stärker eingebracht werden muss.

Im Themenfeld „Aspekte sozialer Demokratie“ werden die theoretischen und normativen Grundlagen der Kernthese des Bandes eingeholt, derzufolge die Postdemokratiediagnose auf die Gehalte sozialer Demokratie, und das heißt, auf den Zusammenhang von demokratischer und sozialer Frage, verweist. David Salomon entwickelt diesen Zusammenhang historisch-systematisch an der Unterscheidung von direkter und repräsentativer Demokratie und am Gegensatz von liberaler und sozialer Demokratiekonzeption. Er zeichnet nach, wie die Trennung von politischer und sozialer Gleichheit zum heutigen Problem von demokratischer und sozialer Frage in der Postdemokratie führte. Dirk Jörke und Thomas Lenz zeigen am Werk Robert A. Dahls, dass sich auch in klassischen Demokratietheorien Bezüge zu einem sozialen Verständnis von Demokratie finden lassen. Die heute überwiegende Lesart von Dahl als klassifikatorischem Demokratietheoretiker wird mit diesem Anschluss an soziale Ausprägungen der Demokratie der Verkürzungen überführt. Sollte sich Postdemokratie als neue Form der Demokratie etablieren, wäre von einem neuen Regimetyp zu sprechen. Jörg Kemmerzell untersucht im Anschluss an die Forschung zu Hybridisierung, ob sich genügend klare Merkmale der Postdemokratie finden lassen, um sie als hybrides Regime zu bezeichnen. Es zeigt sich hier eine Anschlussmöglichkeit der Postdemokratiediagnose an die vergleichende Politikwissenschaft.

Im dritten Themenfeld, „Rechtsverhältnisse der Postdemokratie“, unternehmen die Beiträge von Kolja Möller und Oliver Eberl den Versuch einer Analyse spezifisch rechtlicher Institutionen. Während Eberl in Anlehnung an die Refeudalisierungsthese von Habermas und Maus das Bundesverfassungsgericht als eine die postdemokratische Tendenz beschleunigende Institution charakterisiert, untersucht Möller den transnationalen Verfassungskontext der Postdemokratie. Er holt damit die Frage des Internationalen nicht auf dem Feld der Ökonomie, sondern der Rechtsverhältnisse ein und belegt den eminenten Zusammenhang von internationaler Rechtsentwicklung und Postdemokratie. Mit der von Eberl dargestellten Refeudalisierungsthese findet sich ein Anschluss an eine stärker ausformulierte Diagnoseform, die Rechtsverhältnisse in ihrem Zusammenhang zur Demokratie untersucht. In beiden Untersuchungsfeldern offenbart die Postdemokratiediagnose bisher Desiderate.

Im vierten Abschnitt wird die Bedeutung sozialer Ungleichheit für die Demokratie vertiefend untersucht. Hierbei geht es um zwei Aspekte: einerseits die grundlegende Frage nach den sozialen Voraussetzungen der Demokratie, andererseits nach den Geschlechterverhältnissen in der Postdemokratie. Claudia Ritzki behandelt in ihrem Beitrag den Aspekt sozialer Voraussetzungen der Demokratie und stützt die starke Annahme solcher unverzichtbaren Voraussetzungen mit weiteren theoretischen und empirischen Befunden. Dabei argumentiert sie gegen die These, Postdemokratie könne sich als stabiles Regime erweisen, indem sie nachzeichnet, wie die Erosion der sozialen Grundlagen der Demokratie zugleich die Grundlagen demokratischer Legitimation unterminiert. Michael Hirsch erweitert das postdemokratische Zusammenfallen von demokratischer und sozialer Frage um das Geschlechterverhältnis, das nach wie vor von großer Ungleichheit gekennzeichnet sei und dessen Egalisierung weiter zu den uneingelösten Voraussetzungen einer Demokratisierung der Gesellschaft gehöre. Der Blick auf die innergesellschaftliche Arbeitsteilung erweist sich dabei als genauso erhellend wie der Blick auf internationale Formen der Arbeitsteilung.

Die hier versammelten Beiträge tragen mit ihren Analysen zu einem Verständnis von Politikwissenschaft als Demokratiewissenschaft bei. Dies bedeutet zunächst, dass sich die Wissenschaft der Verwirklichungsbedingungen der Demokratie widmet und ihre Überlegungen auch an die demokratische Öffentlichkeit richtet (Niesen 2007; Burawoy 2015). Dies bedeutet aber auch, dass sie in Zeiten der Transformation der Demokratie zur Postdemokratie bemüht ist, diese Bedingungen, zusammen mit dem Publikum, das sich dazu in einen Demos verwandeln müsste, herbeizuführen.

Literatur

- Abendroth, Wolfgang. 2008. *Demokratie als Institution und Aufgabe*. In: *Gesammelte Schriften*. Bd. 2. Hannover: Offizin, S. 407–416.
- Anderson, Perry. 2015. *Das italienische Desaster*. Berlin: Suhrkamp.
- Baringhorst, Sigrid. 2009. Politischer Protest im Netz. Möglichkeiten und Grenzen der Mobilisierung transnationaler Öffentlichkeit im Zeichen digitaler Kommunikation. In: Marcinkowski, Frank/Pfetsch, Barbara (Hrsg.). *Politik in der Mediendemokratie*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 609–634.
- Biebricher, Thomas/Vogelmann, Frieder. 2014: Die Zukunft Europas zwischen Demokratie und Kapitalismus. In: *Politische Vierteljahresschrift*. 55 (1). S. 1–17.
- Bloch, Ernst. 1977. Erbschaft dieser Zeit. In: *Gesamtausgabe*. Bd. 4. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Blühdorn, Ingolfur. 2013. *Simulative Demokratie. Politik nach der postdemokratischen Wende*. Berlin: Suhrkamp.
- Brenner, Robert. 2003. *Boom & Bubble. Die USA in der Weltwirtschaft*. Hamburg: VSA.
- Brodocz, André/Llanque, Marcus/Schaal, Gary S. 2008. *Bedrohungen der Demokratie*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Brunkhorst, Hauke. 2014. *Das doppelte Gesicht Europas. Zwischen Kapitalismus und Demokratie*. Berlin: Suhrkamp.
- Burawoy, Michael. 2015. *Public Sociology. Öffentliche Soziologie gegen Marktfundamentalismus und globale Ungleichheit*. Weinheim, Bergstr: Beltz.
- Canfora, Luciano. 2006/2007. *Eine kurze Geschichte der Demokratie. Von Athen bis zur Europäischen Union*. Köln: PapyRossa.
- Castel, Robert/Dörre, Klaus 2008. *Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts*. Frankfurt am Main: Campus.
- Crouch, Colin. 2008. *Postdemokratie*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Eberl, Oliver/Salomon, David. 2014. *Die soziale Frage in der Postdemokratie*. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*. 27 (1). S. 17–26.
- Fischer-Lescano, Andreas/Perels, Joachim/Scholle, Thilo. 2012. *Der Staat der Klassengesellschaft. Rechts- und Sozialstaatlichkeit bei Wolfgang Abendroth*. Baden Baden: Nomos.
- Habermas, Jürgen. 1990. *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft*. Neuauflage. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen. 1998. *Die Postnationale Konstellation. Politische Essays*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen. 2011. *Zur Verfassung Europas. Ein Essay*. Berlin: Suhrkamp.
- Hardt, Michael/ Negri, Antonio. 2002. *Empire – Die neue Weltordnung*. Frankfurt am Main und New York: Campus.
- Haus, Michael. 2012. Regieren als Schatten der Demokratie? Zum Verhältnis von Postdemokratie- und Governance-Diskurs. In: Egner, Björn/Haus, Michael/Terizakis, Georgios (Hrsg.). *Regieren. Festschrift für Hubert Heinelt*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 135–156.
- Hirsch, Joachim. 2005. *Materialistische Staatstheorie. Transformationsprozesse des kapitalistischen Staatensystems*. Hamburg: VSA.

- Hobsbawm, Eric. 2002. *Das Zeitalter der Extreme – Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*. München: dtv.
- Jörke, Dirk. 2013. Re-Demokratisierung der Postdemokratie durch alternative Beteiligungsverfahren. In: *Politische Vierteljahresschrift*. 54 (3). S. 485–506.
- Knodt, Michèle. 2013. Semi-permeable Verwaltung im postdemokratischen europäischen Mehrebenensystem. In: *Politische Vierteljahresschrift*. 54 (3). S. 534–557.
- Lamla, Jörn. 2013. *Verbraucherdemokratie. Politische Soziologie der Konsumgesellschaft*. Berlin: Suhrkamp.
- Lessenich, Stephan. 2008. *Die Neuerfindung des Sozialen. Der Sozialstaat im flexiblen Kapitalismus*. Bielefeld: transcript.
- Maus, Ingeborg. 2004. Vom Rechtsstaat zum Verfassungsstaat. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*. 7. S. 835–850.
- Maus, Ingeborg. 2011. *Über Volkssouveränität. Elemente einer Demokratietheorie*. Berlin: Suhrkamp.
- Merkel, Wolfgang. 2011. *Volksabstimmungen: Illusion und Realität*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. 44–45, S. 47–55.
- Merkel, Wolfgang/Petring, Alexander. 2012. Politische Partizipation und demokratische Inklusion. In: Mörschel, Tobias/Krell, Christian (Hrsg.). *Demokratie in Deutschland*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 93–119.
- Merkel, Wolfgang/Puhle, Hans-Jürgen/Croissant, Aurel/Eicher, Claudia/Thiery, Peter. 2003. *Defekte Demokratie. Bd. 1*. Opladen: Leske und Budrich.
- Niesen, Peter. 2007. Politische Theorie als Demokratiewissenschaft. In: Buchstein, Hubertus/Göhler, Gerhard (Hrsg.). *Politische Theorie und Politikwissenschaft*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 126–155.
- Offe, Claus. 2003. *Herausforderungen der Demokratie. Zur Integrations- und Leistungsfähigkeit politischer Institutionen*. Frankfurt am Main: Campus.
- Pelinka, Anton. 2012. Wider die Nostalgie, wider das Wunschdenken. Koreferat zu Colin Crouchs Festvortrag. In: Nordmann, Jürgen/Hirte, Katrin/Ötsch, Walter Otto (Hrsg.). *Demokratie! Welche Demokratie? Postdemokratie kritisch hinterfragt*. Marburg: Metropolis. S. 25–34.
- Piketty, Thomas. 2014. *Das Kapital im 21. Jahrhundert*. München: Beck.
- Rancière, Jacques. 2002. *Das Unvernemen. Politik und Philosophie*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Sauer, Birgit. 2011. Die Allgegenwart der „Androkratie“: feministische Anmerkungen zur „Postdemokratie“. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. 1–2. S. 31–36.
- Schäfer, Armin. 2009. Krisentheorien der Demokratie: Unregierbarkeit, Spätkapitalismus und Postdemokratie. In: *dms - der moderne staat - Zeitschrift für Public Policy, Recht und Management*. 1. S. 159–183.
- Steffens, Gerd. 2008. Wirtschaftssubjekt und Staatsbürger. Konkurrierende Leitbilder und Konzepte Politischer Bildung? In: Steffens, Gerd/Widmaier, Benedikt (Hrsg.). *Politische und ökonomische Bildung. Konzepte - Leitbilder - Kontroversen*. Wiesbaden: Hessische Landeszentrale für politische Bildung. S. 27–37.
- Streeck, Wolfgang. 2013a. *Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus*. Berlin: Suhrkamp.
- Streeck, Wolfgang. 2013b. Vom DM-Nationalismus zum Euro-Patriotismus. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*. 9. S. 75–92.

-
- Wagner, Thomas. 2011. *Demokratie als Mogelpackung, oder, Deutschlands sanfter Weg in den Bonapartismus*. Köln: PapyRossa.
- Wagner, Thomas. 2013. *Die Mitmachfälle. Bürgerbeteiligung als Herrschaftsinstrument*. Köln: PapyRossa.
- Windolf, Paul. 2005. Was ist Finanzmarkt-Kapitalismus? In: Windolf, Paul (Hrsg.). *Finanzmarkt-Kapitalismus. Analysen zum Wandel von Produktionsregimen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 20–57.
- Wood, Ellen Meiksins. 2010. *Demokratie contra Kapitalismus. Beiträge zur Erneuerung des historischen Materialismus*. Köln/Karlsruhe: ISP.